Während nicht einmal die vereinbarten 100 Milliarden Dollar zusammenkommen, um benachteiligte Länder beim Klimawandel zu unterstützen, investieren die Regierungen der Welt jährlich offiziell mehr als 2.100 Milliarden Dollar in den Militärsektor. Ein durchgängiges Anzeichen für die Scheinheiligkeit der Ökologiepolitik der Staaten der Welt, allen voran der USA, wird darin sichtbar, dass die USA bei den Kyoto-Verhandlungen eine Nicht-Berücksichtigung der vom Militär verursachten Klimaschädigungen in den Klimabilanzen durchgesetzt haben. Laut Experten kann nur nur eine Senkung der Militärausgaben zu den notwendigen Reduzierungen dieser Form der Umweltschädigung führen. Ohne den Einbezug des Militärs ist keine Ökologiepolitik nachhaltig. **Von Bernhard Trautvetter.**

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/221107-Klimapolitik-waescht-Zerstoerung-weiss-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Vom 6. bis zum 18. November tagt die 27. UNO-Klimakonferenz in Ägypten. Die offiziellen, hier zusammengefassten Ziele der Konferenz klingen so vielversprechend wie schwammig und damit letztlich bitter:

- Laut der Konferenz-Homepage ist das übergeordnete Ziel, ein Übereinkommen zu treffen, das die Treibhausgaskonzentrationen auf einem Niveau stabilisiert, das eine gefährliche menschengemachte Störung des Klimasystems verhindern würde. Die müsste, so die Website weiter, innerhalb eines Zeitraums geschehen, der die unterschiedlichen Bereiche der Biosphäre in die Lage versetzt, sich auf natürliche Weise an den Klimawandel anzupassen, die Nahrungsmittelproduktion nicht zu gefährden und die Möglichkeit offenzuhalten, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann.

- Da die Industrieländer bisher die meisten Treibhausgasemissionen verursacht haben, erwarten die Organisatoren der Konferenz von ihnen den größten Beitrag zur Reduzierung der Emissionen; dies umfasst auch die finanzielle Hilfe für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern. Die Industrieländer haben unter Bezug auf das Kyoto-Protokoll der UNO-Klima-Konferenz von 1997 über ihre Pläne und Aktivitäten zum Klimawandel zu berichten.

- Den ärmeren Ländern der Welt ist eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen – ohne die seien die vom Klimawandel verursachten Komplikationen schwer zu bewältigen.

- Zusammenfassend erkennen die Konferenzteilnehmer in den Konferenzdokumenten die Anfälligkeit aller Länder gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels an; besondere Anstrengungen sind zur Milderung von Schädigungen insbesondere in den Entwicklungsländern notwendig.

- Ziel der Konferenz ist letztlich eine Synergie bei Aktivitäten zu gemeinsamen Herausforderungen.

Soweit die für die Konferenz ausgegebenen Ziele.

Diese Ziele sind durch ihre Ungenauigkeit und geringe Entschiedenheit bei möglichen Schritten und Wegen hin zum Ziel einer zukunftsfähigen Welt resignativ abgefasst. Ein durchgängiges Anzeichen für die Scheinheiligkeit der Ökologiepolitik der Staaten der Welt, allen voran der USA, wird darin sichtbar, dass die USA bei den Kyoto-Verhandlungen eine Nicht-Berücksichtigung der vom Militär verursachten Klimaschädigungen in den Klimabilanzen durchgesetzt haben, obwohl alleine dieser Sektor nach wissenschaftlichen Schätzungen – die Staaten machen darüber keine Angaben – circa sechs Prozent der globalen Klimaschädigung durch fossile Verbrennungsabgase verursacht.

Stuart Parkinson, geschäftsführender Direktor von ‚Scientists für globale Verantwortung', Doktor der Klimawissenschaften und Gutachter für den Weltklimarat, schlussfolgert aus seinen Daten über die Kohlenstoffemissionen der Streitkräfte der Welt, dass nur eine Senkung der Militärausgaben zu den notwendigen Reduzierungen dieser Form der Umweltschädigung führen kann.

Dieser „Elefant im Raum" wird nun ein Vierteljahrhundert vor den Klimabilanzen versteckt. Diese verlorene Zeit steigert die Gefahr, dass die Kipp-Punkte, an denen das Weltklima komplett außer Kontrolle gerät, nicht mehr abgewendet werden können.

Aber schon jetzt steigert diese Politik der Heuchelei und des Vortäuschens hilfreicher Aktivitäten menschliches Leid – es gibt infolge der Erhitzung des Weltklimas immer mehr unbewohnbare Regionen auf der Erde – Der Spiegel schrieb in einem Bericht zur Glasgow-Klimakonferenz 2021:

> *„Feuchtigkeit kann tödlich sein. Bei einem Temperaturanstieg von global zwei Grad werden einer Studie zufolge eine Milliarde Menschen unter extremer Hitze leiden. Wenn durch Wärme und Feuchtigkeit die sogenannte Kühlgrenztemperatur erreicht ist, stirbt der Mensch nach wenigen Stunden. Unter den entsprechenden Bedingungen kann der Körper etwa ab 35 Grad Celsius keine Wärme mehr an die Umgebung abgeben, sondern nimmt Hitze auf. Etwa sechs Stunden kann ein gesunder Mensch bei solchen Temperaturen überleben. … Wenn die Bemühungen der Weltgemeinschaft, die Erderwärmung zu begrenzen, scheiterten und die Temperaturen um vier Grad stiegen, würde die Hälfte der Weltbevölkerung an mindestens zehn Tagen im Jahr unter dieser extremen Hitzebelastung leiden.“*

Wer verstehen will, warum Ökologie nicht die Wirkung erzielt, die für eine Überwindung der Biosphärenschädigung nötig ist, der findet die Antwort im Geld. Die Staaten der Welt haben sich im UNO-Klima-Prozess geeinigt, jährlich 100 Milliarden Dollar für die Unterstützung armer Staaten, die von der Klimakatastrophe besonders betroffen sind, zu investieren. Dieses Ziel verfehlen die Geberstaaten. Einige der Investitionen, die mit dem Geld gefördert werden, sind auch Strukturen der fossilen Energienutzung, also der Klimaschädigung.

In dem Zeitraum, in dem nicht einmal die vereinbarten 100 Milliarden zusammenkommen, investieren die Regierungen der Welt jährlich offiziell weit mehr als 2.100 Milliarden Dollar in den Militärsektor. Die Rüstungsindustrie ist ein besonders profitabler Zweig der Ökonomie, sie hat auch von den Zeitenwende-Investitionen in Kriegswaffen in herausragendem Umfang profitiert, während die gesamte Weltwirtschaft durch Inflation, Unterbrechungen von Lieferketten und Zusammenbrüchen von Märkten leidet.

2.100 Milliarden bedeuten inklusive der versteckten Militärinvestitionen circa sechs Milliarden pro Tag, das bedeutet je Stunde 250 Millionen. Hinzu kommen die Wirkungen der Anwendung militärischer Arsenale.

Was das an Verbrennungsabgasen, Ressourcenvernichtung und Kreativitätszerstörung sowie an Eskalation von Spannungen bedeutet, ist nicht zu verantworten. Eine Lösung der ökologischen Zukunftsgefährdungen kann es nur in weltweiter Kooperation geben. Stattdessen untergraben die weltweiten Spannungen die Chancen, diese globale Weltinnenpolitik zu gestalten.

Das Militär ist bei der Klimadebatte der Elefant im Raum – ohne dessen Einbezug ist keine

Ökologiepolitik nachhaltig.

Titelbild: Bartosz Nitkiewicz / Shutterstock